

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 244 B.

BERLIN • Sonntag, den 16. Oktober 1932

1. JAHRGANG

Der Plan der Konterrevolution.

Die Rote Einheitsfront.

Von Willi Eichler.



Die Erörterungen einer Einheitsfront der verschiedensten Arbeiterorganisationen reißen selbstverständlich nicht ab, weil trotz aller Sabotageversuche gerade der parteipolitischen Bonzen diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das entspricht natürlich nicht einfach der Sucht der Mitglieder, ihre führenden Funktionäre zu ärgern, sondern die politischen Ereignisse bringen die Notwendigkeit einer einheitlichen Aktion jedem unbefangenen Genossen derartig eindrucksvoll vor die Augen, daß er sich mit Recht wundert, daß seine „Führer“ diese Notwendigkeit anscheinend nicht begreifen.

Einem akuten Anlaß für die Vertiefung der Diskussion hat der Beschluß der sächsischen Sozialdemokraten geliefert, bei den bevorstehenden sächsischen Gemeindevahlen mit der KP eine Listenverbindung einzugehen aus dem leicht einzusehenden Grunde, bei dem Wahlergebnis keine proletarische Stimme verloren gehen zu lassen. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ hat diese Tatsache benutzt, den früheren preußischen SP-Ministern ihre Bolschewistenfreundlichkeit nachzuweisen. Der „Vorwärts“ seinerseits hat mutig darauf unter anderem geantwortet:

„Wir ermächtigen die „BBZ“, ihren Lesern mitzuteilen, daß der „Vorwärts“ ein entschiedener Anhänger einer roten Einheitsfront ist und daß er überhaupt bereit ist, jedes Bündnis einzugehen, um die „BBZ“ und ihre Freunde zum Teufel zu jagen.“

Dieses Eingeständnis des „Vorwärts“ ist überraschend; denn mit der „roten“ Einheitsfront hatte es bei ihm immer gute Weile. Zwar hatte im „Freien Wort“ vor einiger Zeit gestanden:

„Eine Einheitsfront kann nur im Zusammengehen der gesamten Organisationen der Sozialdemokraten mit den gesamten Organisationen der Kommunisten bestehen. Die Sozialdemokratie ist dazu jederzeit bereit gewesen; wir brauchen bloß auf die Reden Breitscheldts und das Angebot Franz Küntlers zu verweisen.“

Aber die Taten der Sozialdemokratie waren einer solchen Einheitsfront nicht sehr fördernd gewesen; vor allem Herr Heilmann, der Herausgeber des „Freien Worts“ ist als notorischer Kommunistenhetzer jedem Kenner der Arbeiterpresse und -politik bekannt.

Der erwähnte „Vorwärts“-Artikel selber schließt:

„da die Kommunisten leider bisher es immer noch vorgezogen haben, zur Freude und zum Nutzen der „Börsenzeitungs“-Leute auf die Sozialdemokratie loszuschlagen, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie gegen diese Arbeiterfeinde zu kämpfen.“

Und eine Mitteilung des „Vorwärts“ über einen Anschlag der kommunistischen Partei-Opposition der Tschechoslowakei an die tschechische SP überschreibt er: „Zurück zur Einheit“, woraus man sieht, daß „Einheit“ für ihn: „Rückkehr in die SP“ bedeutet.

Aber solche Art ist noch nicht einmal die schlimmste. Wir haben häufig nachgewiesen, daß die Vorbedingung für eine gedeihliche Einheitsfrontpolitik die Reduzierung der gegenseitigen Kritik auf ein Mindestmaß ist, und daß jede Gehässigkeit und Schimpferei aus der Arbeiterbewegung zu verschwinden hat. Diese Forderung wird leider weder von den Sozialdemokraten, noch von den Kommunisten befolgt. Die Presse beider Parteien, die wir hier nicht ausführlich zu zitieren brauchen, da unsere Zeitung fast jeden Tag diese unangenehme, wenn auch notwendige Arbeit leistet, spricht Bände für die tiefgehende Feindschaft der Führergruppen dieser beiden Parteien, die in einem unerhörten Ausmaß an Unkameradschaftlichkeit die notwendige Einheitsfront der Arbeiterschaft gleichsam planmäßig sabotieren.

Von diesen Kolossen, deren Führung angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl im Gesamtmaßstab vorläufig noch alles daran setzt, ihr Prestige, ihre Partei, ihre Wähler, ihren Einfluß gegen die Anderen, und seien es auch die Klassengenossen, abzugrenzen, — von diesen Gruppen einen entschiedenen Vorstoß in der Richtung auf die Einheitsfront zu erwarten, ist reichlich optimistisch. Der Vorfall in Sachsen ist hier gewiß ein Ausnahmefall, wenn auch ein außerordentlich erfreulicher. Wir wissen nicht, auf welche Weise der Beschluß zustande gekommen ist, vermuten aber, daß er seine Entstehung im wesentlichen dem Druck von unten verdankt. Das macht ihn natürlich nicht minderwertiger, sondern weist im Gegenteil auch für die Genossen außerhalb Sachsens den Weg, den wir im übrigen ständig vorgeschlagen haben:

Die politische Enteignung des Volkes.

Die Reichsregierung hat nun offiziell das Reichsinnenministerium beauftragt, einen Entwurf zur Reform der Reichsverfassung auszuarbeiten. Für diesen Entwurf bestehen vorerst Richtlinien, die die Tendenz der beabsichtigten „Reform“ erkennen lassen.

Die entscheidende Aenderung betrifft die Stellung des Reichspräsidenten, der gleichzeitig preußischer Staatspräsident sein und die Befugnis erhalten soll, als preußischer Staatspräsident den preußischen Ministerpräsidenten und die preußischen Minister zu ernennen.

Lediglich zwei preußische Ministerien sollen verfassungsgemäß als selbständig bestehen bleiben: das Innenministerium und das Finanzministerium.

Die Reichsregierung ihrerseits soll von den allzu unsicheren Einflüssen der Parteimehrheiten unabhängig gemacht werden. Diesem Ziel dient zunächst die

Schaffung einer ersten Kammer neben dem Reichstag. Beschlüsse sind nur rechtsverbindlich, wenn sie in beiden Häusern mit den Stimmen der Mehrzahl der gesetzlichen (also nicht der anwesenden) Mitglieder gefaßt sind. Um die Ablehnung eines Reichstagsbeschlusses durch die Erste Kammer unwirksam zu machen, ist eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages notwendig. Der Sturz der Reichsregierung oder einzelner Minister wäre an die gleichen Voraussetzungen gebunden.

Die Erste Kammer

soll aus dem Reichsrat gebildet werden. Zu den bisherigen Reichsratsmitgliedern, die von den Ländern ernannt worden und etwa ein Drittel der neuen Kammer ausmachen sollen, soll ein weiteres Drittel dem bisherigen Reichswirtschaftsrat, also den Berufsorganisationen und Verbänden entnommen werden.

Das letzte Drittel soll aus Persönlichkeiten bestehen, die sich um Staat und Volk besonders verdient gemacht haben und vom Reichspräsidenten ernannt werden.

Der jetzige Reichsrat und der vorläufige Reichswirtschaftsrat würden verschwinden.

Das Wahlrecht zum Reichstag soll durch Heranzsetzung des Wahlalters und durch Wiedereinführung des Einmann-Wahlkreises mit der Möglichkeit der Stichwahl abgeändert werden.

Bezüglich der Gestaltung der Verhältnisse des Reichs zu den übrigen Ländern gelten die Ausführungen des Reichskanzlers in München als richtunggebend, die Artikel 17 (Verfassungshoheit) und Artikel 18 (Gebietshoheit) der Reichsverfassung betreffend.

Entscheidend wird hierbei weiter die geplante Neuregelung des Finanzausgleichs sein. Diese soll auch die Gemeinden betreffen.

Das Gemeindevahlrecht soll erheblich abgeändert werden; man denkt hierbei an das Pluralwahlrecht,

um parteipolitische Gesichtspunkte bei den Gemeindeverwaltungen auszuschalten. (Ein Pluralwahlrecht ist ein Wahlrecht, bei dem jeder Angehörige einer bestimmten Wählerklasse mehr Stimmen hat als jeder Angehörige einer anderen Wählerklasse. Beispiel: das frühere preußische Dreiklassen-Wahlrecht. Red.)

durch fortwährende Anregungen, Kritik und Vorschläge in akuten Fällen die führenden Funktionäre immer wieder zu veranlassen, zur Frage der Einheitsfront theoretisch und praktisch Stellung zu nehmen.

Die Schwierigkeit, die Einheitsfront der Arbeiterschaft durch die politische nahezu gläubensmäßig auseinandergerissenen Arbeitergruppen herzustellen, bringt uns immer wieder zu unserem ebenfalls oft erörterten Haupt-Vorschlag:

die Einheitsfront zu formieren unter Vorantritt und unter der Führung der freien Gewerkschaften, in deren Reihen mindestens die fruchtbaren Keime einer Einheitsfront zwischen den parteipolitischen Gegnern eingeschlossen sind.

In der Tat sind hier noch weitgehend kommunistische und sozialdemokratische Genossen (um nur diese beiden als Beispiel zu nennen) einträchtig an der gemeinsamen Arbeit; und die in jüngster Zeit durchgeführten zahlreichen und erfolgreichen Streiks haben sicher nicht wenig dazu beigetragen, das Gefühl der Verbundenheit zwischen den parteipolitisch verschieden organisierten Gewerkschaftskollegen zu vertiefen. Dazu kommt, daß die Führung der freien Gewerkschaften aus bei weitem die Wichtigkeit der Einheitsfront besser zu erkennen und die Einschätzung

AUS DEM INHALT:

Ein belgischer Sicherheitsplan.
Der Deutschland-Preußen-Kampf.
Autorität der autoritären Regierung schwindet.
Sondergerichte / Die politische Justiz.
Fronten im Dorf.
Schmiergelder des Kali-Syndikats an die grüne Front.

Hk. Dieser Vorstoß zum Abbau des Artikels I der Weimarer Verfassung („Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“) bleibt an Rücksichtslosigkeit nicht hinter den kühnsten Erwartungen zurück. Die Verbindung zwischen Staatsgewalt und Volk sieht nach diesem Entwurf so aus:

1. Bereits der Reichstag wird nach Einführung des Einmann-Wahlkreises ein völlig anderes Gesicht haben als er es heute hat. Das zeigt uns das Beispiel von England, wo das Einmann-Wahlkreis-System besteht. Es ist dort möglich, daß eine zahlenmäßig starke Partei kein Mandat erhält, weil sie in jedem Wahlkreis von einer zahlenmäßig überlegenen Koalition geschlagen wird. Bei den englischen Parlamentswahlen von 1931 hat z. B. die Arbeiterpartei 30,7 Prozent der Wählerstimmen, aber nur 8,5 Prozent der Parlamentssitze erhalten. Man sehe einmal die Wahlergebnisse vom 31. Juli wahlkreisweise daraufhin durch, welche mögliche Koalition in jedem Wahlkreis voraussichtlich das Mandat erringen würde. Der parlamentarische Einfluß der KPD würde auf diese Weise äußerst beschnitten werden; überhaupt hätte die Arbeiterschaft unter einem derartigen Wahlrecht in Deutschland nur noch bei einer großzügigen Einheitsfront eine leidliche Chance. Das liegt in Deutschland anders als in England, wo die Kommunisten zahlenmäßig schwach sind, wo also die Arbeiterpartei von vornherein als ein großer einheitlicher Block auftritt.

2. Der so veränderte Reichstag wäre außerdem durch die erste Kammer, in die der Reichspräsident 33,3 Prozent hineinsetzt — „die sich um Staat und Volk besonders verdient gemacht haben“; sie werden uns wohl in der neuen Rundfunkreihe: „Wir stellen vor...“ zur Kenntnis gebracht werden! — außerordentlich in seinen Funktionen beschnitten.

3. In den Gemeinden soll nach der Methode eines Klassenwahlrechts gewählt werden.

Ein völliges Rätsel bleibt es, wie Popen für eine derartige Umstülpung der Republik die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit im Reichstag bekommen will. Den einzigen Weg, der für die Durchführung des Abbaus der politischen Rechte des Volkes übrig bleibt, mit Namen zu kennzeichnen, ist verboten.

der politischen Lage gründlicher vorzunehmen scheint als die parteipolitischen Führer. Wir, haben bereits vor einiger Zeit den

Brief Leiparts an die Gewerkschaftskollegen

abgedruckt, in dem er eindeutig den Kampf fordert, und in dem eine merkliche Zurückhaltung gegenüber der SPD zu sehen war. Wir haben eine Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse hierzu bisher in keinem Blatt der SPD gefunden, und zwar sicher deswegen, weil die SPD — mit Recht — fürchtet, bei dem gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse die Bürger aus ihren Reihen zu verlieren.

Daß die KP, den gemeinsamen Kampf vorläufig mit der Berufung auf die „reformistischen“ Hintergründe dieses Kampfes und auf die „verräterische Gesinnung“ der Gewerkschaftsführer sabotiert, gerade dadurch, daß sie ihn von Anfang an nur als Manöver verdächtigt, statt durch aktive Teilnahme mehr daraus zu machen, ist absolut unzulässig.

Daß unsere Einschätzung der Gewerkschaften als eines Keims einer einheitlichen Arbeiteraktion

richtig war, zeigt sich nicht nur am weiteren Versagen der großen politischen Arbeiterorganisationen. Es zeigt sich auch in der immer konsequenter sich herausbildenden

kämpferischen Haltung der Führer der freien Gewerkschaften.

Theodor Leipart hat am Freitag in der Bernauer Bundesschule des ADGB eine Rede über

die Aufgaben der Gewerkschaften

gehalten, die uns ihrem Ton und Inhalt nach zeigt, daß der Wille zum Kampf wächst. Einige Stellen mögen dies belegen:

„In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da... Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteienbildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen... Wir suchen die Lebensfreude in unserem Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pflichterfüllung. Das ist das Menschheitsbild, das uns vorschwebt, das wir jedoch nicht erreichen, solange die gegenwärtige Ordnung nicht überwunden ist. Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor

schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß. Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unwiderstehlich aufzwingt, daß unsere letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können.“

Rote Einheitsfront!

Ein Ziel, das zunächst nicht eine Angelegenheit der in der Tat reformistischen freien Gewerkschaften zu sein scheint. Und doch sind diese, wie Leipart sagt, in dieser Zeit der einzige Halt. Das Wort ist richtiger, als es auf den ersten Blick erscheint; denn die Gewerkschaften sind der Halt im Absturz, sie sind der letzte Pfeiler der zusammengeschlagenen Arbeiterbewegung; die letzte Fahne, um die sich die versprengten Truppen sammeln können. Diese Fahne nicht mit allen Kräften zu verteidigen, hieße die Arbeiterbewegung völlig preisgeben. Sie andererseits mit allen Kräften gegen ihre Feinde hochzubalten, kann der Anfang sein für einen Gegenschlag, der leicht der Arbeiterschaft so viel neue Lebenskraft bringen kann, daß es auf dieser Grundlage möglich ist, auch ihre politische Vertretung neu aufzubauen und ihren Kampf um den Staat mit der Geschlossenheit und Stärke aufzunehmen, die nötig sind, das kapitalistische System und seine Nutznießer zu zerschlagen.

Englisch-französische Verständigung.

Deutschland sitzt noch immer auf der Gleichberechtigung.

Zwei Tage war Herriot in London zu Gast; wie es hieß, sollte der Besuch nur einem französisch-englischen Gedankenaustausch, aber nicht der Beschlußfassung dienen. Das Ergebnis der Besprechungen faßt die französische Regierung in der folgenden amtlichen Bekanntmachung zusammen:

„In der Downingstreet hat gestern und heute ein Meinungsaustausch zwischen Mac Donald, Simon und Herriot über den britischen Vorschlag einer Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien stattgefunden, die den Zweck haben soll, die Schwierigkeiten zu lösen, die sich gegenwärtig in Genf geltend machen. Die Minister haben sich in der Auffassung geeinigt, daß die Konferenz die vier oben genannten Mächte umfassen soll und daß Genf der geeignete Tagungsort ist. Die britische Regierung sucht infolgedessen um die Zustimmung der beiden anderen Regierungen nach. Die Konferenz wird „offiziösen und präliminären Charakter“ tragen. Gegenstand der Tagung ist Prüfung und Vorschlag von Mitteln, die geeignet sind, der Abrüstungskonferenz die wirksame Wiederaufnahme des gemeinsamen Werks im Rahmen des Völkerbundes zu gestatten.“

Der englische Vorschlag ist hiernach den französischen Vorschlägen stark angepaßt worden: Herriot lag es daran, den Standpunkt der französischen Antwortnote, die auf die deutsche Wehrdenkschrift hin erfolgt war, aufrechtzuerhalten, d. h. darauf zu bestehen, daß die Wehrdiskussion dem Forum der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes nicht ent-

zogen würde. Die Verlegung der Vierer-Konferenz nach Genf und die ausdrückliche Bestimmung, daß sie nur „präliminären“, d. h. vorbereitenden Charakter haben solle, tragen dem Rechnung. Die Konferenz soll in Fühlung mit der Abrüstungskonferenz stehen und ihr die eigentliche Entscheidung überlassen.

Als Gegengabe für diese Zugeständnisse hat Frankreich darauf verzichtet, daß die kleineren Staaten an der Konferenz teilnehmen. — in Genf wird für den französischen Vertreter so wie so hinreichend Gelegenheit sein, mit den Delegationen dieser Staaten Fühlung zu halten.

Die italienische Regierung hat inzwischen die Einladung nach Genf angenommen;

die deutsche Regierung hat abgelehnt.

Grund: Genf sei als Tagungsort für die deutsche Regierung nur dann annehmbar, wenn vorher von den übrigen an der Vierer-Konferenz beteiligten Regierungen der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung anerkannt worden sei; andernfalls bestehe die Möglichkeit, daß die Vierer-Konferenz zu einer Ausschusssitzung der Abrüstungskonferenz werden, die Teilnahme einer deutschen Delegation an ihr also in Gegensatz zu der Neurath-Papen-Schleierschen Außenpolitik geraten würde.

In englischen Regierungskreisen spricht man von einem Plan Mac Donalds, deutsche Minister zu einer Besprechung dieser Schwierigkeiten nach London einzuladen.

Englisch-irische Verhandlungen.

Irland stellt Gegenforderungen.

Am Freitag wurden in London die Verhandlungen zwischen Irland und England wiederaufgenommen. Eine größere Anzahl von Ministern nehmen auf beiden Seiten an den Besprechungen teil. Während die englische Regierung auf der Heiligkeit der Verträge besteht, ruft De Valera ihr die englischen Umtriebe in Irland in Erinnerung, bis in das Jahr 1800 zurück. Es wird wahrscheinlich auch an England eine Gegenforderung in Höhe von 300 Millionen Pfund stellen als Entschädigung für die ungerechtfertigten Steuern, die England seit 1800 aus Irland eingetrieben hat.

Kämpfe in Nicaragua.

General Sandino hat mit 25 000 seiner Anhänger die Hauptstadt von Nicaragua, Managua, eingeschlossen, um das Land von den amerikanischen Besatzungstruppen zu befreien.

Lyttton-Bericht von USA beeinflusst?

Wie das japanische Außenministerium der Presse in Tokio erklärt hat, haben die japanischen Vertreter in Genf Anweisung erhalten, den Lyttton-Bericht abzulehnen, da er japanfeindliche Tendenzen zeige. Er sei unter amerikanischem Einfluß zustande gekommen, und die Vereinigten Staaten seien bestrebt, dadurch das Prestige Japans zu untergraben.

Der Posten des Völkerbundskommissars in Danzig, der nach dem Tode Gravinus neu besetzt werden muß, ist vorläufig dem Dänen Rosting zugewiesen worden. Eine endgültige Regelung war bei der Uneinigkeit Deutschlands und Polens bisher nicht möglich. da der Völkerbundsrat seine Entscheidung nur durch einen einstimmigen Beschluß fällen kann.

Fronten im Dorf.

M.S. Zum ersten Mal seit Monaten bin ich wieder auf dem Land, auf einem Gang ins Dorf. Auf dem Wege zögere ich einen Augenblick, ehe ich weitergehe. Das gelbe Licht am westlichen Himmel, das einen schmalen Streif zwischen der Erde und einer dunkelgrauen Wolkenbank bildet, leuchtet über den ruhenden grünen Wiesen. Grün, gelb und grau — in dieser Harmonie erschöpfen sich die Farben der Dämmerung; dazu ist es still, nur vom Dorf herüber hören wir das helle Geschrei der Gänse, die noch auf der StraÙe ihr Wesen treiben.

Wir wollen mieten im Dorf, Zimmer für ein paar Tage, für Lehrer, die zu einem Kurs kommen. Gleichzeitig auch wollen wir den Genossen das Septemberheft des „ISK“ bringen.

Weit vorgeschoben vor dem Dorf steht ein einzelnes Haus. Es gehört einem Genossen, der der Arbeitslosigkeit ausgewichen ist, indem er sich einen Webstuhl angeschafft hat; er webt Wischtücher, auch Decken, und verkauft sie von Tür zu Tür. Er ist nicht zu Hause, aber seinen Schwiegervater der von hinten aus dem Garten herbeikommt, können wir bestellen, wann die Lehrer kommen.

„Wie es geht? Ja, ich war gestern in Sp., wollte mal sehen, ob ich dort als Weber wieder ankommen kann. Aber der Mann hat 12 Weber aus dem Ort entlassen; da kann er keinen Fremden annehmen. Es wird noch schlimmer. Wir erlauben es nicht mehr anders. Das Heft? Wir haben ja kein Geld, nur das bißchen Acker. Ein ander Mal. N'abend auch.“ — Freundlich gibt er die Hand.

Als ich ihn vor ein paar Tagen traf, erzählte er von seiner Vergangenheit. „Nie einen Tag arbeitslos. 12 000 M hatte ich gespart. Alles weg! Das durften sie nicht machen. Das hat uns ruiniert.“ Ueber die Parteien, die Regierung, über die Krise, über alles weiß er Bescheid. „Die von heute? Sie sagen, es solle wieder werden wie im alten Preußen. Aber davon wissen sie nichts. Ich hab es in Büchern nachgelesen, wie es damals war, unter dem alten Fritz. Der fuhr im Lande umher und ließ sich von unser einem sagen, wie es aussieht im Lande. Wir wissen Bescheid, und da erfuhr er alles, was er wissen mußte. Aber die von heute, die erzählen uns was im Rundfunk.“

Als wir ins Dorf gehen, kommt sein Schwiegersohn. Er trägt seinen Jungen auf den Arm. „Willst Du den „ISK“? Er steckt das Heft in die Tasche. „Aber Geld hab ich keins. Ich war mit Kaffee weg. Den ganzen Nachmittag. Ein Viertel hab ich verkauft für 17 Pfennige.“ Sein Junge lacht munter. „Wir haben nur den Einen. Na, mach's gut.“ Mit diesem heftigen Abschiedsgruß geht er weiter.

Ein Landarbeiter, Pole, der auf der Domäne arbeitete, ist vor zwei Tagen gestorben, an Schwindsucht. Die Frau, die mit sieben Kindern da sitzt, ist auch lungenkrank; ebenso die Aelteste, die sich oben auf der Eisenbahner-Hellstätte was geholt hat. „Der Pächter von der Domäne hat gesagt, daß mein Schwiegersohn gut gearbeitet hat und daß man ihn nicht vergessen will“, sagt der Vater der Frau. „Den Winter über wird er sie wohl noch wohnen lassen, wo er doch gesagt hat, daß er den Mann nicht vergessen will. Aber was dann wird?“ Die Mutter steht daneben; sie hört nur zu, ihr Gesicht ist ohne Ausdruck.

Wir gehen von Haus zu Haus, wo wir Genossen finden. „Könnt Ihr zwei Mann nehmen?“ „Wir möchten wohl. Eine Kammer hätten wir ja noch. Aber keine Betten.“

Bei dem Bauer, bei dem wir die Milch holen, treffen wir nur die Frau. Sie ist ein nachdenklicher Mensch. früh gealtert, blaß und mager. „Aber so klug“, sagt ihr Mann, ein großer, schwerer Bauer, „sie steckt uns alle in die Tasche.“ „Ich muß mal mit dem Bauer sprechen“, sagt sie auf die Frage nach einem Zimmer, „wir schlafen gern alle allein, der Bauer, ich und Marie (die Magd) und ihre Kinder, jeder eine Kammer für sich. Da hat man mehr Luft.“ Das Heft nimmt sie nicht, jetzt in der Ernte kommt sie nicht zum Lesen.

Im dunklen Dorf ratschlagen wir, wo wir noch Lehrer unterbringen können.

Wir gehen zu einem Genossen, der arbeitslos ist. Er hat 30 Jahre auf der Hellstätte gearbeitet. Sie wollten ihn pensionieren, er meinte aber: arbeiten und noch was verdienen, wäre besser. Jetzt ist er seit bald einem Jahr entlassen und kriegt 25 Mark Invalidentrente im Monat und 2 Mark Krisenunterstützung in der Woche; er hat eine Frau, zwei schulpflichtige Kinder und ein Mädchen, die stellunglos zu Haus sitzen. Die 25 Mark kriegt er nicht zu sehen, weil seine Aelteste geheiratet hat und er ihr ein paar Möbel mitgeben wollte: Sie kosteten 650 Mark, die nun monatlich mit

Ein belgischer Sicherheitsplan.

Sicheres Geschäft für die Rüstungsindustrie.

Der belgische Jurist Bourquin hat einen neuen Sicherheitsplan in die Abrüstungs- und Sicherheitsdebatte geworfen, von dem man an verschiedenen Stellen annimmt, daß er an die Stelle des französischen Sicherheitsvorschlags treten könne.

Der belgische Plan sieht vor, daß, neben einer Vereinbarung sämtlicher Staaten, die europäischen Staaten für sich noch gesonderte Abmachungen treffen. Diese Sonderabmachungen sollen im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß in jedem Land ein internationaler Ausschuss stationiert wird, der im Fall einer Grenzverletzung in einem Streit dieses Staates mit einem seiner Nachbarn zur Grenze eilen und den Angreifer feststellen solle. Der Völkerbundsrat könne dann mit Dreiviertelmehrheit beschließen, die übrigen Staaten zur Unterstützung des Angegriffenen aufzufordern. Diese Unterstützung solle nicht in der Entsendung von Truppen oder in sonstigen Sanktionen erfolgen, sondern in einer

Versorgung des Angegriffenen mit Kriegsmaterial und mit Krediten.

Der entscheidende Gedanke des französischen Sicherheitsplans, der Aufbau einer internationalen Macht, ist in diesem Plan völlig verloren gegangen. Streitigkeiten durch internationale Ausschüsse prüfen lassen, konnte der Völkerbund schon immer, und

zur Unterstützung eines offensichtlich angegriffenen Staates sind seine Mitglieder laut Völkerbundsatzung längst verpflichtet.

Das neue an dem belgischen Plan scheint in nichts anderem zu liegen als darin, daß ihnen diese unangenehme und nie eingehaltene Verpflichtung schmackhafter gemacht werden soll: Statt Sanktionen zu fordern, die den intervenierenden Staat selber in Unkosten stürzen, werden Handelsgeschäfte angeregt, und zwar ausgerechnet

Handelsgeschäfte mit Mordinstrumenten.

Ein höchst bedenklicher Vorschlag, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Rüstungsindustrie immer noch in privaten Händen liegt! Es dient gewiß nicht der Sicherung des Friedens, wenn man es den Rüstungsindustriellen eines Landes erleichtert, an den Streitigkeiten zweier anderer Staaten zu verdienen.

Straßenkämpfe in Bulgarien.

In bulgarischen bürgerlichen Kreisen hat der Sieg der Kommunisten bei den Gemeindevahlen in Sofia einen großen Schrecken ausgelöst. Diese Kreise haben deshalb einen Druck auf die Regierung ausgeübt, daß sie die Wahlen für ungültig erklären und die Arbeiterpartei (KP) auflösen soll. Es besteht die Gefahr, daß die Regierung versuchen wird, dies zu tun, obwohl die Gemeindevahl in Sofia ordnungsmäßig verlaufen ist.

Gegen diese Bemühungen, die Kommunisten um ihren Sieg zu betrügen, ist es in Panaguerista zu Protestdemonstrationen gekommen, die zu schweren Straßenkämpfen führten. Auch in anderen Orten kam es zu Zusammenstößen, so daß die Zeitungen über einen kommunistischen Aufstand in Südbulgarien sprachen. Inwieweit es sich wirklich um einen organisierten Aufstand handelt, ist nach dem bisherigen Nachrichtenlage nicht zu beurteilen.

Nach den Kämpfen in Belfast.

Tom Mann und andere kommunistische Führer sind in Belfast eingetroffen und bemühen sich, den Generalstreik zu organisieren. Für das Wochenende sind große Kundgebungen angekündigt. Aber die Polizei greift rasch ein: Nachdem der während den Unruhen erschossene Arbeiter unter Beteiligung von über 100 000 Arbeitern begraben worden war, wurde Mann aus der Menge heraus verhaftet. Die Polizei erklärte ihm, daß er die Wahl habe, sich entweder in die kleine irische Stadt Clogher zurückzuziehen, oder sich wieder nach England zu begeben. Mann zog es vor, nach England zu fahren, und erhielt für den Weg die Begleitung von Polizisten.

Vorläufig streiken in Belfast nur etwa 600 Arbeiter.

der Reute abgezahlt werden. Inzwischen lebt er von den 2 Mark und von dem Acker (weil er 1½ Morgen hat, ist ihm die Unterstützung gekürzt worden). Tagüber arbeitet er, wenn Gelegenheit ist, bei den Nachbarn. Er ist noch in der Gewerkschaft. Er hat Sinn für Organisation und Politik. Seine Beiträge bezahlt er pünktlich. Nur zur Zeitung langt es nicht mehr. Das „ISK“-Heft nimmt er sofort. Er sucht nach den Groschen, einen findet er im Tischkasten, den anderen holt die Frau aus der Kammer. Er ist auch in der Gemeindevertretung, wo die Arbeiter die Mehrheit haben. Er ist eigentlich der Führer der Linken. Alle dachten, er würde Bürgermeister werden, als vor zwei Jahren die Arbeiterliste mit ihm als Spitzenkandidaten eine starke Mehrheit bekam. Aber er griff nicht zu. Wie ich ihn an diesem Abend sitzen sah, älter geworden, aus der Arbeit geworfen, aber wie selbstverständlich das Geld für das Heft hergebend, mußte ich an jene Sitzung denken, in der wir es damals nur noch mit Unterstützung einiger jüngerer Dorfgenossen durchsetzen konnten, daß die Wahlieger den Bürgermeister aus ihrer Reihe wählten.

Die Erinnerung an jenes Ereignis und die wenigen Eindrücke dieses Abends in den Häusern der Genossen werfen auf die Situation des Dorfes ein helles Licht und geben zum Nachdenken Anlaß. Das Eindrucksvolle liegt weniger in der Not, die die Wirtschaftskrise auch hier hinterläßt, die den einen rücksichtslos faßt als die andern, der die einen sich klüger entziehen als die andern — diese Not hat in der Großstadt zum Teil ein viel schlimmeres Gesicht. Was hier auffällt, ist die Isolation, in der die Genossen ihr Leben und ihre Arbeit verbringen, und zwar die Isolation innerhalb des Dorfes.

Durch das Dorf geht nach wie vor

die unverwischbare Trennungslinie zwischen den Arbeitern auf der einen Seite, die Sozialisten sind und zusammenhalten, und den Bauern, die politisch rechts stehen und sozial die andere Klasse bilden.

Selbst die Aufnahme von Lehrern, eine Angelegenheit, für die sich einst die Türen von Bauern öffnen würden (die meisten stehen auch wirtschaftlich nicht gut), kommt für die Bauern nicht in Frage, wenn sie von Sozialisten erbeten wird. Dieser an sich unbedeutende Vorgang zeigt die

Von der politischen Justiz.

Fahrlässige Totschlagsanklage gegen Reichsbannermann.

Das Schweltdritzer Sondergericht hat den Reichsbannermann Rolke aus Großrosen bei Striegau von der Anklage wegen Totschlags und versuchten Totschlags freigesprochen. Rolke erhielt lediglich wegen Waffenvergehens neun Monate Gefängnis.

Der leichtsinnige Aufbau der Anklage und das Beharren des Staatsanwalts bei einem Zuchthausantrag von mehr als sieben Jahren erinnert an den Berliner Totschlagsprozeß gegen Kommunisten.

Der Sachverhalt sieht nach der Beweisaufnahme so aus: Am 18. Juli waren Nazis in großer Zahl in das Arbeiterdorf Großrosen eingezogen und hatten eine Schießerei mit Arbeitern provoziert. Dabei wurde der SA-Mann Härtel erschossen und ein anderer SA-Mann angeschossen. Rolke hatte von vornherein zugegeben, zwei Schüsse abgegeben zu haben, weil er sah,

wie die SA über seinen Vater mit Dolchen herfiel. Im gleichen Zeitpunkt hat ein uniformierter Nazi geschossen, und zwar in der Richtung auf einen Reichsbannermann, der sich rechtzeitig bückte, sodaß die Kugel anscheinend den Härtel traf. Wichtig für die Beweisaufnahme war auch in diesem Prozeß der Schießbefund: die durchgeschossene Rippe des Getöteten weist ein Loch von etwa 5 mm auf, während Rolke aus einer 7,35 mm-Pistole geschossen hat. Die Ermittlungsbehörden und die Staatsanwaltschaft hatten von vornherein Spuren nationalsozialistischer Schützen nicht verfolgt.

Unhaltbare Anklagen gegen Kommunisten.

Vor der Großen Strafkammer in Osnabrück standen am Donnerstag fünfzehn meist kommunistische Arbeiter wegen Schlägereien bei einem Umzug der SA in Nordhorn am 15. Juni. Auch diese Anklage mußte stark abgebaut werden: sieben Freisprüche; im übrigen 16 Monate Zuchthaus für den Hauptangeklagten; für die übrigen Gefängnis von einem bis zu 15 Monaten Gefängnis.

Wie die „Rote Hilfe“ mitteilt, wurde vor einigen Tagen vom Landgericht in Frankfurt (Main) das Urteil in einem Landfriedensbruch-Prozeß gegen 19 angeklagte Kommunisten und Reichsbannerleute gefällt. Nur bei drei Angeklagten (König, Niedermeier und Treiz) hielten die Beweismittel den Anforderungen stand, die für heutige deutsche Gerichte zur Verurteilung von Arbeitern ausreichend sind. Diese drei Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von fünf bis zu zwölf Monaten.

Zuchthaus für Reichsbannerleute.

Das Schöffengericht in Freiburg verurteilte am Freitag drei Reichsbannerleute unter Anwendung der Terrornotverordnung zu je einem Jahr Zuchthaus, und zwei weitere Angeklagte zu je einer Woche Gefängnis. Die Angeklagten sind beschuldigt, einen Nazi angegriffen und verletzt zu haben.

Wegen der Ermordung eines Reichsbannermanns in Riesa.

der am 4. November 1931 auf der Straße von Nazis erstochen worden war, hatte im Februar das Dresdner Schwurgericht die unerhört milde Höchststrafe von zwei Jahren vier Monaten Gefängnis verhängt. Der Staatsanwalt legte Revision ein, die Sache ging ans Reichsgericht, das sie nochmals ans Schwurgericht zurückverwies. Daraufhin wurden jetzt die Strafen etwas erhöht: Gefängnis von 15 Monaten bis zu vier Jahren für sechs Nazis.

Der Vierte Strafsenat

des Reichsgerichts hat den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Bergarbeiter Jadasch aus Berlin für ein Jahr

drei Monate auf Festung geschickt. Grund: Zersetzungsarbeit unter der Polizei.

Gegen die beiden Todesurteile.

die das Bielefelder Sondergericht auf Grund der Terror-Notverordnung gegen Kuczinski und Wappel gefällt hat, hat die „Rote Hilfe“ beim Preussischen Justizministerium telegraphisch Protest eingelegt. Die beiden hatten mit einem gestohlenen Auto einen Polizeibeamten zu Tode gefahren.

Fort mit den Sondergerichten!

Das Berliner Sondergericht (Vorsitz Landgerichtsdirektor Meusel) hat auf Grund der Aussagen eines einzigen nationalsozialistischen Zeugen (Hartmann) den „Reichsbanner“-Arbeiter Teichmann für zwei Jahre ins Zuchthaus geschickt, und zwar ohne Anwendung der Terror-Notverordnung. Der Reichsbannermann Schmidt erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis, die Angeklagten Voss und Bachmann (Mitglieder des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“)

Feudal-Tyrann freigesprochen. Aus der ostelbischen Leibeigenschaft.

Die Liegnitzer Große Strafkammer hat am Freitag in der Berufungsverhandlung den Rittergutsbesitzer Proske aus Krummlinde freigesprochen.

Proske hatte im Sommer vorigen Jahres den Melker Przybilla mit seiner Frau und drei kleinen Kindern nachts in dessen Wohnung ausräuchern lassen, nachdem der Melker der Aufforderung, binnen wenigen Stunden seine Wohnung zu räumen, mangels einer anderen Unterkunft nicht nachgekommen war. Proske hatte durch einen Arbeiter die Schornsteine an der Wohnung des Melkers verstopfen lassen. Der Melker erkrankte mit Brechreiz und rettete seine Frau und die Kinder, bei denen sich bereits schwere Vergiftungen durch Kohlenoxydgase zeigten.

Das Schöffengericht hatte in erster Instanz den Tyrannen zu sechs und den Arbeiter, der die Schornsteine verstopft hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Freispruch in der Berufungsverhandlung erfolgte mit der unglaublichen Begründung, es sei nicht erwiesen, daß Proske auch den Schornstein des Schlafzimmerofens habe verstopfen lassen;

(der hat im Juni höchstwahrscheinlich auch nicht gebrannt. Früher hatte der mit dem Zustopfen beauftragte Arbeiter ausgesagt, Proske habe ihn aufgefordert, beide Schornsteine zu verstopfen. Red.) Außerdem habe Proske die Familie des Melkers nicht körperlich schädigen, sondern sie nur aus der Wohnung herausbringen wollen! (Dazu sind dergleichen Methoden im Leibeigenen-Verhältnis offenbar legal.)

Da Proske nur gegen seine eigene Verurteilung Berufung eingelegt hatte, nicht aber gegen die des mit dem Zustopfen beauftragten Arbeiters, blieb dessen Gefängnisstrafe bestehen.

Nazi-Fememord.

Und die Anstifter?

Am Freitag wurde der Nationalsozialist Campe aus Salzwedel an der Landstraße zwischen Cremlingen und Obersiecke (Braunschweig) tot aufgefunden. Campe ist von Nazis aus einem Auto gestoßen und dann durch sieben Schüsse getötet worden. Als Mörder wird der flüchtige Kellner Kaune

Gefängnisstrafen von neun bzw. sechs Monaten. Die SA-Leute Becker und Schröter erhielten je 3 Monate Gefängnis. Es handelt sich um eine Schießerei am 10. Juli in Börnicko bei Nauen. Teichmann versichert, daß er weder geschossen noch eine Pistole gehabt habe, wie der Belastungszeuge Hartmann behauptet.

Es ist nach allen Erfahrungen mit nationalsozialistischen Zeugen ungeheuerlich, daß

dem Sondergericht die Aussage eines einzigen Nazi genügt, um darauf ein Zuchthausurteil zu gründen, gegen das gemäß der Verordnung über die Sondergerichte kein Rechtsmittel zulässig ist.

Weitere Zuchthausurteile.

In Hannover wurden auf Grund der Terrornotverordnung verurteilt:

1. Zwei junge Menschen wegen Rauferei zu je einem Jahr Zuchthaus. Sie hatten einen anderen angegriffen, ihn dabei einen Nazi genannt, obwohl er es nicht war. Der Angreifene erklärte ausdrücklich, auf Bestrafung keinen Wert zu legen. (Aber die Terrornotverordnung schreibt Bestrafung vor — nur kommt sie in Dutzenden von Fällen gegen Nazi nicht zur Anwendung.)

2. Einen 29-jährigen lungenkranken Arbeiter zu einem Jahr Zuchthaus, weil er einen Gefreiten im Dienst auf den Arm geschlagen hatte.

gesucht, der in der Stabswache der SS in Braunschweig tätig war. Kaune wohnte in dem SS-Heim am Petritorwall, von dem aus eine Reihe nationalsozialistischer Ueberfälle organisiert wurden.

Die Braunschweigische Polizei verweigert jede Auskunft über den Führer des Wagens und die anderen Täter und behauptet, der Wagenführer „scheide als Täter oder Mittäter aus“. Man hat hieraus geradezu den Eindruck, als ob auch Kaune unter der Feme stünde.

Der Grund für den Fememord: Campe wußte über die Sprengstoffanschläge Bescheid, die von der Braunschweiger SS am 31. Juli auf das Bootshaus des „Reichsbanners“, die Wohnung des Oberbürgermeisters und die Konsumfiliale in Braunschweig ausgeführt wurden.

Wir erinnern daran, daß am 14. August die an den Attentaten beteiligten SS-Leute von einem Unterführer, der seinerseits vorher vom NS-Rechtsanwalt Alpers instruiert worden war, mit Verhaltensmaßregeln versorgt worden waren. Dieser Unterführer hatte damals „jedem eine Kugel in Aussicht gestellt, der etwas von den Anschlägen verraten würde“. (Ergebnis von Nachforschungen des „Reichsbanners“, seiner Zeit mitgeteilt von der Bundespressestelle des „Reichsbanners“.)

Wahlagitation für Papen.

Sogenannter Klepper-Ausschuß.

Der auf deutschnationale Initiative hin beim preussischen Landtag gebildete Ausschuss zur Untersuchung der Finanzabrechnung des ehemaligen Finanzministers Klepper hat am Freitag getagelt. Berichterstatter war der deutschnationale Steuere.

Stouer gab also seinen Bericht über das belastende Material gegen Klepper und andere Politiker der Weimarer Parteien. Ein Nazi-Antrag, bei der zuständigen Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Klepper und andere Beschuldigte sowie deren Verhaftung zu beantragen, wurde angenommen.

Offensichtlich ging es den Vertretern der achtprozentigen Papenschen Rückendeckung darum, kurz vor der Wahl das Material gegen die demokratischen und Zentrums-Politiker in die Öffentlichkeit zu tragen. Hoffentlich gelingt es noch vor der Wahl, die erhobenen Vorwürfe zu prüfen.

Die Staatsanwaltschaft in Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Finanzminister Klepper eingeleitet.

BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR

4)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Der Schießmeister kommt vom Bremeberg her, spricht ein paar Worte mit ihnen und geht vor Ort, um zu schießen. Nach einer Weile kommt er mit den beiden Ortshauern zurück.

„So, Andrees, jetzt werden wir ein paar Schuß abtun.“ Andrees geht mit Günther bis hinter die Strebe zurück, wo sie mit den anderen hinter einem Zug leerer Wagen Deckung nehmen.

„Es br-e-e-o-c-e-n-n-t!“ erschallt der Warnungsruf des Schießmeisters. Gleich darauf ein mächtiger Knall, der die Luft erzittern macht und Kohlen- und Staubemporwirbel. Von Ort her wälzt sich eine dicke, graue Wolke heran; stinkender, heißer Geschloßdampf, der sich schwer auf die Brust legt und zum Husten reizt.

Günther, als der Knall ertönt, springt auf in der Meinung, der ganze Bau stürze zusammen, läuft einige Schritte zurück. Als ihm niemand folgt, kehrt er, etwas beschämt über sein Erschrecken, wieder um. Die Kumpels lachen, als sie den großen, stämmigen Kerl davonlaufen sehen, werden von Andrees aber schnell aufgeklärt, daß Günther seine falsche Schicht verfährt und zudem aus der Millionenstadt Berlin stammt, in der man Zechen und Bergleute nur vom Hörensagen kennt.

Noch ein Knall und dann noch einer. Jetzt läuft Günther nicht mehr fort, begibt sich mit seinem Kumpel, nachdem der Quall etwas abgezogen ist, wieder an die Arbeit. Die Ortshauer gehen vor ihre Kuhle, um nach der Sprengwirkung der Schüsse zu sehen, der Schießmeister rollt sein Zündkabel auf.

„Komm büttner, Andrees, 's ist gleich sechs Uhr“, ruft er dem alten Slovaken zu.

„Gleich, gleich“, antwortet der. „Woll'n eben noch Stempel kaputt schneiden.“

Die Ortshauer kommen zurück, um ihr Vesperbrot zu verzehren, sagen Andrees dasselbe. Er läßt sich aber nicht stören,

will erst den gebrochenen Stempel heraushaben. Die Säge, von Andrees und Günther gezogen, kreischt in dem splittigen Holz, zur Hälfte ist der Stempel durchgeschnitten.

Plötzlich ein Krachen, ein Bersten von brechendem Holz. „Lauf weg“, schreit Andrees, läßt die Säge fallen und springt zur Seite. Da prasselt auch schon ein Hagel von Steinen und Holz herunter. Donnerndes Krachen, Knacken und Gepolter.

Eine schwarzgraue Staubwolke. Scharfes Zischen aus der zerschlagenen Preßluftleitung. Die unter einem Druck von viereinhalb Atmosphären stehende Luft entweicht, wirbelt noch mehr Staub auf. Im Laufen stolpert Günther über umherliegende Steine, schlägt sich den Kopf an den Schienen blutig. Die Lampe entfällt seinen Händen und erlischt. Thumelnd richtet er sich auf, sucht seine Lampe, knipst sie an und setzt sich wie betäubt an den Stoß.

Der Schädel schmerzt ihn, er fährt mit der Hand über das Gesicht, um den Schweiß abzuwischen. Sie zurücknehmend, sieht er rote Flecken darauf.

Was ist das? — — — Blut? Geistesabwesend schaut er auf seine blutigen Hände, kann sich den Zusammenhang noch nicht recht erklären.

Er wendet den Kopf nach links, sieht dort einen riesigen Berg Steine, aus dem Holzstücke herausragen.

Was ist das nur? Eben hat er doch noch mit dem alten Andrees zusammen gearbeitet.

Ach so. — — — ja — — — ein Bruch ist gefallen. Diese Gedanken ziehen zwar durch sein Hirn, können aber kein inneres Echo wecken.

Zischen unter dem Steinhauten, Gepolter von auf das Holz der noch heißen Verzimierung aufschlagenden Steinen. Erneutes Knacken, Krachen, Brechen, Bersten, aufwirbelnder Staub.

„Bru-u-u-oh!“ schreit er da auf.

Und mit diesem Ausruf kehrt auch die Klarheit in seine Gedanken zurück, bricht der nackte Selbsterhaltungstrieb, der Wille zum Leben in ihm durch. Er springt auf, ergreift seine Lampe, taumelt vorwärts, bis ihn ein Berg Kohlen, den die Ortshauer losgeschossen haben, am Weitergehen hindert. Versperrt der Weg. — — — Welp nun?

Ratlosigkeit, aus der Unkenntnis der Verhältnisse erwachsen.

Ein Schwächegefühl überkommt ihn. Er wehrt sich mit aller Macht dagegen. Ein Gedanke, ihn mit Grauen erfüllend, greift an sein Herz:

Lebendig begraben! Unter Frostgefühl erschauert seine Haut. Vorzweiflung droht ihn zu übermannen. Ein Ausweg, hier muß doch ein Ausweg sein. — — — Nur suchen — — — suchen.

Zwischen Kohlenwagen muß er sich hindurchzwängen, geht langsam zurück, Schritt für Schritt. Suchend schaut er nach links und rechts.

Nichts zu entdecken. Doch — was ist das da?

Eine viereckige, dunkelgähnende Oeffnung. Dort winkt Rettung, dort muß ein Ausweg sein. Mit einem Satz ist er auf den Kohlenwagen, klettert in die Oeffnung. Sie ist sehr eng, gebückt muß er emporkriechen, um nicht an das Holz der Verzimierung zu stoßen, die stellenweise gebrochen ist. Blindlings stürmt er vorwärts, achtet nicht auf den Schmerz. Nur weiter, weiter, heraus aus diesem steinernen Gefängnis. Immer niedriger wird die Strecke, auf allen Vieren muß er kriechen, die Lampe zwischen den Zähnen haltend.

Wundgeschauert sind die Knie, in den Augen frist der Staub, im Schädel dröhnt es. Er achtet nicht der Schmerzen. Nur immer weiter, schmerzendes Leben ist immer noch besser als gefühlloses Totsein. Für Sekunden schließt er die Augen.

Mit dem Kopf stößt er gegen etwas Hartes, brüllt vor Schmerz auf, reißt die halbblinden Augen auf.

Sie weiten sich vor Schreck.

Stein sieht er, nichts wie Stein — — — grauen, kalten, unbarmherzigen Stein. Mit stieren Augen blickt er auf die sich durch das Kohlenflöz ziehende Störung, den Steinstreifen, der hier die Kohle ganz verdrängt hat. Wut steigt in ihm hoch, er ergreift einen neben ihm liegenden faustdicken Stein, wirft ihn gegen den Felsen, der ihm den Weg zur Freiheit, zum Tage, zu den Menschen versperrt. Doch der bleibt davon unberührt, schönt ihn höhnisch anzugrinsen, als wolle er ihm sagen: Sparo deine Kräfte, armeeliger Erdenwurm. Gegen die Mächte der Tiefe wehret du dich vergebens

(Fortsetzung folgt.)

Die Erwerbslosendemonstrationen in England.

Zwischen Unterstützungserhöhung und Verbesserungen.

Die Demonstrationen der Erwerbslosen im Bezirk von Liverpool, bei denen es zu mehreren schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam, haben dazu geführt, daß die Erwerbslosenunterstützung um 3 Schilling (2,20 Mark) pro Woche erhöht worden ist.

Als dieser Erfolg der Erwerbslosen bekannt wurde, sagte ein Mitglied des Gemeinderats von North Shields, daß derartige Demonstrationen in diesem Ort wohl zu keinem anderen Ergebnis geführt hätten. Die Erwerbslosen von North Shields nahmen ihm beim Wort, und so kam es dort zu großen Demonstrationen, bei denen die Polizei außerordentlich scharf gegen die Arbeiter vorging. Hier war

der Erfolg allerdings nicht eine Erhöhung der Unterstützung, sondern die Verhaftung einer Anzahl von Arbeitern.

Die Labour Party hat auf ihrem Parteitag eine Resolution angenommen, in der sie gegen das brutale Vorgehen der Polizei protestiert und

den Innenminister — das ist der Konservative Sir John Gilmour! — auffordert, alle örtlichen Polizeibehörden aufzufordern, daß sie sich Erwerbslosen-Kundgebungen gegenüber zuvorkommend verhalten sollten!

Ein Delegierter äußert den Verdacht, daß die Polizei gegenteilige Instruktionen erhalten hätte!

So „kämpft“ die Labour Party für das Recht der Erwerbslosen!
J. Walton, Durham.

Ein Schlag für die weltliche Macht der Kirche.

Drastische Maßnahmen in Spanien.

Der spanische Ministerrat beschloß, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, dem zufolge den religiösen Ordensgesellschaften verboten werden soll, in Handel, Landwirtschaft oder Industrie irgend welchen Unterricht zu erteilen.

Der Entwurf verbietet dem Staat, die Provinzen und die Gemeinden, Ordensgesellschaften und Kirchen finanziell zu unterstützen.

Es scheint beabsichtigt zu sein, die Kirchengüter als Nationaligentum zu erklären, der Kirche aber die Rechte der Nutznießung zu lassen. Schließlich sieht der Gesetzentwurf ein Verbot des Gütererwerbs und eine staatliche Kontrolle der Tätigkeit der Ordensgesellschaften vor.

Schüsse auf eine Prozession.

In der Nähe von Granada wurden von Syndikalisten auf einen Prozessionszug eine Anzahl von Schüssen abgegeben, durch die eine Person getötet und sieben schwer verletzt wurden.

Von der Front in den Betrieben.

Vollerfolg.

Der Streik beim Kupfer- und Messingwerk Bonsfeld (Rheinland) ist beendet worden, nachdem die Firma die Forderungen der Arbeiter anerkannt hat. Es werden die alten Löhne gezahlt.

Teilerfolg.

Der Streik der Hafenarbeiter bei der Berliner Behala ist mit einem Vergleich beendet worden. Die von der Direktion geforderte Verschlechterung in der Urlaubsfrage wurde nicht angenommen; Verschlechterungen in bezug auf Bezahlung der Waschzeit, Krankenlohn, Schutzkleidung wurden angenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Die Annahme des Vergleichsvorschlag, die von den Gewerkschaften empfohlen wurde, geschah am Freitag in einer Belegschaftsversammlung mit 201 gegen 92 Stimmen. Auch die Behala hat den Vorschlag angenommen.

Der Schuhmacherstreik in der kommunalen Werkstatt in Treptow ist mit einem Teilerfolg abgebrochen worden. Die Betriebsleitung sah sich genötigt, für die beabsichtigte Akkordteilarbeit den Durchschnittsstundenlohn als Garantielohn zuzusichern.

Neue Streiks.

Die Binnenschiffer auf der Weser sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer die Lohnforderungen der Schiffer abgelehnt hatten.

In Wuppertal-Barmen haben 200 sogenannte Pflichtarbeiter (an drei Stellen) die Arbeit niedergelegt. Grund: Lohndifferenzen. Die Stadtverwaltung will höhere Sätze als die Wohlfahrtsunterstützung nicht zahlen. Sie hat auf den Streik mit Sperrung der Unterstützung geantwortet.

Auf einer Reihe von Baustellen der Berliner Afü (15 bis 20 Baustellen) sind die Arbeiter gegen eine Lohnkürzung von 80 auf 76 Pfennige in den Streik getreten.

Aussperrung.

Die Firma Liepelt in Rathenow hat die gesamte Belegschaft ausgesperrt, bevor diese gegen die Androhung eines Lohnabbaus von 20 Prozent in den Streik trat.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Dienstag, 18. Oktober, 20.15 Uhr, Gastwirtschaft „Niedersachsen“, Südbühl 8. Thema: Deutschland so oder so? Regierung der Barone — oder Arbeiterregierung?

Zwickau: Montag, 17. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Crimmitschauer Straße). — Thema: „Sollen Arbeiter-Organisationen Arbeitsdienstlager einrichten?“

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Eisenach!

Kundgebung gegen den Krieg, Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr, im großen „Engel“-Saal.

Aus dem Programm:
Musik — Rezitation.

„Anklage gegen den Krieg.“
Spiel aus: „Im Westen nichts Neues.“

„Gegen Krieg und Faschismus.“
Rede von Maria Hodana (Berlin).

Eintritt: 20 Pfennige. / Erwerbslose gegen Ausweis freil!

Kriegsgefahr soll verschwiegen werden.

Am Freitag abend wurde eine KP-Versammlung in den Kammersälen in Berlin aufgelöst, weil der Redner über die Kriegsgefahr sprach. In Niederschöneweide wurde am gleichen Abend eine IAH-Versammlung aufgelöst.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P. J. Jannowitz 5009. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlags-GmbH., Berlin SO 26, Elisabethufer 22/29.

Conrad Schmidt gestorben.

Am Freitag ist Conrad Schmidt, einer der eifrigsten Mitarbeiter der sozialistischen Literatur und Kulturpolitik, gestorben.

Conrad Schmidt war einer der vor Jahren häufigen, jetzt immer seltener werdenden Erscheinungen in der sozialistischen Führerwelt, die trotz sozialistischer Gesinnung vom Dogma des historischen Materialismus nicht gelähmt worden sind und deshalb ohne die Scheuklappen einer neuen unduldsamen Konfessionalität durchs Leben gehen.

Wie allen aus der älteren Sozialistengeneration hat man ihm von seiten der Behörden und von der sogenannten guten Gesellschaft das Leben weidlich schwer zu machen gesucht; vielleicht ist gerade der Umstand, daß die älteren Sozialisten noch wirklich mit ihrem Gut, zum großen Teil auch mit ihrem Blut und ihrer Freiheit für den Sozialismus Opfer bringen mußten, die Hauptsache dafür, daß in ihnen die Wärme des sozialistischen Gefühls trotz einer dieses Gefühl verhöhnenden Theorie nicht erloschen ist.

Conrad Schmidt ist fast 70 Jahre alt geworden; seit Jahren war er schwerkrank und lebte während dieser Zeit bei seiner Schwester Käthe Kollwitz.

Es ist für die sozialdemokratische Partei kennzeichnend, daß sie zwar noch Mitglieder mit solcher Lebensart in ihren Reihen hat, daß diese Menschen aber nirgendwo an solcher Stelle stehen, daß ihre Gesinnung für die Partei fruchtbar werden könnte. Das sozialistische Leben und die sozialistische Tatkraft ist einem immer noch ausgezeichnet funktionierenden, aber seelenlosen Apparat und einer ihm entsprechenden Bürokratie gewichen. Wer deren Kreise stört, wird entfernt, ohne Rücksicht darauf, ob er im übrigen ein Sozialist ist oder nicht. Das zeigte sich deutlich bei dem Ausschluß des Internationalen Jugend-Bundes aus der SPD im Jahre 1925; Conrad Schmidt nahm gegen diesen Ausschluß selbstverständlich Stellung, obwohl er weder Mitglied dieses Bundes war, noch sonst mit ihm besonders sympathisierte. Ihm war dabei nur zuwider die Abwürgung einer auch für ihn wenigstens in der Gesinnung achtungswerten sozialistischen Richtung.
W—er.

Zeitungsverbote.

Die kommunistische Tageszeitung „Rubrecht“ in Essen wurde wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ vom dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz auf 14 Tage verboten.

Die sozialdemokratischen Zeitungen das „Kasseler Volksblatt“ und die Frankfurter „Volksstimme“ wurden wegen „Beschimpfung des Reichskanzlers und der Reichsregierung“ für einige Tage verboten.

Die nationalsozialistische „Hessische Landeszeitung“ wurde wegen „beschimpfender Äußerungen“ bis einschließlich 23. Oktober verboten.

Die gesamte nationalsozialistische Presse der Rheinprovinz ist wegen „Verächtlichmachung der Reichsregierung“ auf fünf Tage verboten worden. Es handelt sich um die Zeitungen: Der „Westdeutsche Beobachter“ (Köln), das „Westdeutsche Grenzblatt“ (Aachen), das „Bergische Kreisblatt“, die „Volkswacht“ (Westfalen), die „Niederrheinische Nationalzeitung“, das „Kölnische Nationalblatt“, das „Rheinische Nationalblatt“, die „Westwacht“.

Gut so! Weiter ausschalten! Weiter abbestellen!

Die Reichsrundfunkgesellschaft teilt mit, daß die Zahl der Rundfunkteilnehmer im dritten Vierteljahr 1932 um rund 42 000, d. h. um 1,02 Prozent, zurückgegangen ist. Sie betrug am 1. Oktober 4 077 374.

Verbilligte Kohlen für Erwerbslose?

Im Handelsausschuß des preußischen Landtages wurde ein Zentrumsantrag in geänderter Fassung dahingehend angenommen, daß das Staatsministerium ersucht werden soll, die Preußag und die beiden anderen staatlichen Bergbau-Gesellschaften Hibernia und Recklinghausen zu ersuchen, durch Vermittlung der Syndikate von ihren Haldenbeständen Brennstoffe zu einem Preise von 20 Reichspfennig je Zentner an die Familien der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger abzugeben. Auf die Arbeitgeber des privaten Kohlenbergbaus soll eingewirkt werden, damit auch sie Brennstoffe an die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger unter günstigen Bedingungen abgeben. Die Reichsbahn soll die Erwerbslosen-Kohlen zu den vorjährigen ermäßigten Tarifen befördern.

Dumm und unverfroren.

Aus Hitlers neuestem Wahlredekonzept: Die NSDAP sei in letzter Zeit wenig in Erscheinung getreten, um Papen nicht an der Durchführung seines Wirtschaftsprogramms zu stören! Ach so, Herr Hitler!

BERLIN

Jugendliga für Menschenrechte.

Montag, 17. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung, Berlin N 24, Neubijouplatz 10, Eingang IV/III.

KÖLN

Deutsche Liga für Menschenrechte.

Montag, den 17. Oktober, 20 Uhr, spricht im Saale des Kölner Kunstvereins, Friesenplatz, Hellmut v. Gerlach über „Menschenrechte und Reichstagswahlen.“ Eintritt 1.50 M. (Für Mitglieder pazifistischer Organisationen 75 Pf und 1 M.)

| | | |
|--|---|---|
| <p>Erstklassige Maßarbeit Herren-Anzüge Mäntel Damen-Kostüme Tadelloser Sitz Schönheit MAGDEBURG Johannisbergstr. 10, III. Stoffmuster vorrätig.</p> | <p>Nähmaschinen Reparaturen / Reinigung Ersatzteile gut / schnell / billig EUGEN GEHM Frankfurt a. M. - Riederwald Bavelsplatz 12. Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung J. Fürchtenicht Göttingen, Nikolausberger Weg 87.</p> | <p>Freunde und Leser des „Funk“ Unterstützt Eure Zeitung! Wacht Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bewirkt bei Einkäufen unsere „Spenden“</p> |
|--|---|---|

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
druckereien
Berlin SO 26, Elisabethufer 22-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 3471

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Marcotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
/ b 15. Oktober: René Clair:
Es lebe die Freiheit
Ein französischer Tonfilm mit Ideen, Geist und Witz, voll Spannung, Tempo, Humor
Belorogramm:
Exotische Wunder-Vogelwelt / Micky-Lilly, ein Mitternachtsstück / Fox (bösende Wochenschau).
Anfangskollekt: 17. 10 und 21. Uhr

Die Regierung Schleicher-Sapen stützt sich nicht nur auf ökonomische Machtpositionen!

Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.
In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

Öffentliches Leben.

Von Leonard Nelson.
35 Seiten. / 0.60 M.
Aus dem Inhalt:
„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer erstehen können. Zu diesem Kampf ist zunächst beizutragen, was selber um ein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmäht wird.“
„Sodann aber wer am meisten zu opfern willens ist.“
„die Entschiedensten einerseits und die Gebildeten andererseits.“
„Wir brauchen nach einem Wort von Karl Marx, um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats.“
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Der Deutschland-Preußen-Kampf.

Wer die Macht hat, tut das „Normale“.

Zu Beginn der Verhandlung am Freitag morgen bemühte sich Professor Schmitt, nachzuweisen, daß bei Streitfragen zwischen Reich und Ländern diese nachzugeben hätten, und daß von den Zuständen des Reichs und der Länder im Konfliktfall immer der des Reichs der „normale“ sei. — Ein einfacher Fall! Leider widerspricht er mindestens dem Geist der Weimarer Verfassung, aus der Herr Schmitt aber so wieso nur den Artikel 48 retten möchte.

Dr. Brecht: Der Artikel 48 enthält eine große Ausdehnung der Macht des Reiches, aber auch absolute Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

Nawiasky, Bumke und Jacobi unterhalten sich über nebenhergehende Dinge.

Professor Schmitt: Was das Ausmaß der zu ergreifenden Maßnahmen angeht, so ist die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht nur eine Polizeifrage, sondern eine Frage des gesamten öffentlichen Lebens.

Also doch endgültige Absetzung der Preußen-Minister.

Im Anschluß daran gab Herr Dr. Gottheiner eine neue Erklärung der Reichsregierung

ab. Sie sagt im Wortlaut folgendes:

„Die Reichsregierung wünscht ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preußischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann aufheben zu können. Im preußischen Landtag muß eine Mehrheit sich finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Reichskommissar wird, wie bisher, auf diese Regierungsbildung hinwirken. Die einzelnen Maßnahmen nach dieser Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage, insbesondere nach der Reichstagswahl, ab. Sie lassen sich im einzelnen heute von niemandem klar übersehen.“

Damit hat die Reichsregierung zugegeben, daß sie die von ihr verjagten preußischen Minister als endgültig abgesetzt betrachtet, da sie offenbar nur eine Regierung anerkennen will, die durch eine Mehrheit des Landtages eingesetzt worden ist, also keine geschäftsführende Regierung darstellt (wie die Regierung Braun-Severing eine war!).

Prof. Peters wandte sich dagegen, daß einer der Herren Reichsvertreter den Vorwurf des Rechtsmissbrauchs als für die Strafe berechnet bezeichnet hätte: Das freie Ermessen hat rechtliche Grenzen. Nicht nötige Maßnahmen sind rechtswidrig. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung diejenigen Minister abzusetzen, die mit der Störung von Sicherheit und Ordnung nichts zu tun haben, ist rechtswidrig.

Prof. Jacobi: Die Nachprüfbarkeit des diktatorischen Ermessens ist abzulehnen; es ist nicht möglich, daß zunächst das politische Ermessen des Reichspräsidenten entscheidet, dann aber die Rechtsmäßigkeit durch den Staatsgerichtshof nachgeprüft wird. Der Reichspräsident soll nach den Bestimmungen der Reichsverfassung anordnen können, was er für nötig hält. Wenn nicht absolut (!!) ungeeignete Maßnahmen getroffen worden sind, so genügt die subjektive Gutgläubigkeit.

Prof. Heller erklärt hierauf selbstverständlich völlig richtig: Der Rechtsstaat hört auf, wenn man alles auf subjektive Gutgläubigkeit abstellt.

Prof. Peters: Wenn man die subjektive Gutgläubigkeit unterstellt, so hat der Staatsgerichtshof festzustellen: Das ist objektives Recht, und sind die Verfassungsgrenzen überschritten oder nicht.

Dr. Brecht: Die Absetzung von Braun und Severing war nicht eine zur Anhaltung der Erfüllung von Pflichten notwendige Maßnahme. Diese Minister wurden ja nicht angehalten, sondern abgeholt. Die Pflicht des Reichskommissars ist die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ruhe und Sicherheit; der Reichskanzler selbst aber hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten erklärt, daß er sich darauf nicht zu beschränken brauche.

Preußen zu dem Kanzlerwort.

Der Vertreter des Reichs hatte vor kurzem das Telegramm des Reichskanzlers verlesen, das sich auf die behaupteten Verhandlungen der Reichsregierung mit der NSDAP bezog: „Verhandlungen oder Vereinbarungen der in der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung bezeichneten Art sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrage durch Mittelspersonen erfolgt und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler.“

Dr. Brecht verlas am Freitag als Antwort darauf eine Erklärung des Landes Preußen:

Wir stellen fest:

1. Das Telegramm antwortet nicht auf die Erklärung Preußens, sondern auf die Erklärung des Vertreters der Reichsregierung. Welchen Wortlaut diese mündliche Erklärung hatte und welcher Wortlaut — Pressemeldungen, Stenogramm, besonderer Bericht — dem Herrn Reichskanzler vorgelegen hat, ist nicht ersichtlich. Also ist der genaue Inhalt des Dementis nicht zu erkennen.

2. Der preußische Antrag spricht von Verhandlungen nur hinsichtlich der Unterstützung des Kabinetts von Papen

Autorität der autoritären Regierung schwindet.

Rpt. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik legt die Reichsregierung zur Zeit solche Nervosität an den Tag, daß man wohl schließen darf, daß ihr selber Zweifel an ihrer Autorität in Wirtschaftsfragen kommen.

Der Papen-Plan ist erst seit wenigen Wochen in Kraft. Selbst durch zahlreiche Berichte über Neueinstellungen ist es nicht gelungen, die Konjunktur bisher wesentlich zu beleben. Die von manchen Seiten erhofften großen Wirkungen lassen auf sich warten. Da selbst dann, wenn sie wirklich eintreten würden, dies nicht so rasch eintreten könnte, wäre eigentlich für alle, die des Erfolges des Papen-Plans sicher sind, gar kein Grund zur Nervosität vorhanden. Aber das ist es eben: Niemand ist sicher!

Nur aus solcher Unsicherheit heraus ist es zu erklären, daß immer wieder der von uns nun schon zum Ueberfluß besprochene

Plan des Land- und Inflationsrates Gereke

in den Vordergrund gerückt wird. Die Gefahr, daß er durchgeführt wird, erscheint der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ so groß, daß sie zwei lange Leitartikel im Handels- und Gewerbeblatt darauf verwendet, ihn in Grund und Boden zu kritisieren. Und das ist vielleicht nicht einmal Papierverschwendung, sondern notwendig zur Belehrung von Mitgliedern der autoritären Regierung.

Zu noch größerer Nervosität führen die

Folgen der Kontingenzierungsverhandlungen,

die viele vorausgesehen haben, nur anscheinend nicht diejenigen, die dafür verantwortlich sind. Die reisende Verhandlungsdelegation, die den besten Abnehmerländern deutscher Industriewaren klar machen sollte, daß Deutschland sich gegen die Einfuhr ihrer Agrarprodukte weitgehend abschließen müsse, reist nicht mehr, sondern sitzt seit vorigen Donnerstag in Rom fest. Sie sitzt dort so auf dem Trockenen, daß gar keine Rede mehr davon ist, daß sie, wie geplant, nach andere europäische Hauptstädte besucht. Sie wird vielmehr im Laufe der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren, um der Regierung Bericht zu erstatten.

Der juristische Vater jener unglücklichen Delegation hat es für notwendig gehalten, sich auf seine Kontingenzpolitik öffentlich erneut festzulegen. Der Nachfolger steht bekanntlich bereit: Herr von Knebel. Dieser will offenbar ohne Kontingente regieren, dafür aber mit einer wohl noch nicht feststehenden Form von Planwirtschaft im Absatz von Agrarprodukten. Er wird im voraus aus Landbündnissen, die sich hier ausgerechnet als Hüter der Freiheit aufspielen, angegriffen. Der Name des neuen Herrn gibt den Anlaß zu einem Pressefeldzug gegen die Knebelung der Landwirtschaft.

Inzwischen ist der Autorität der Regierung ein neuer Stoß versetzt worden dadurch, daß nach dem Reichswirtschaftsminister nun auch — wie wir wohl trotz aller Dementis sagen können —

durch die Nationalsozialisten und daß solche Verhandlungen stattgefunden haben, kann angesichts der amtlichen Erklärung der Reichsregierung vom 13. und 15. August nicht bestritten werden.

3. Im übrigen sagt der preußische Antrag nur, daß bei diesen Verhandlungen den Führern der NSDAP die Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen sowie der Veränderung der preußischen Regierung in Aussicht gestellt worden sei. Dies wird in dem Telegramm des Herrn Reichskanzlers nicht bestritten.

4. Daß der Herr Reichskanzler oder ein anderer in seinem Auftrag selbst die Verhandlungen mit der NSDAP geführt hat, hat der preußische Antrag nicht behauptet. Verhandlungen des Herrn Reichswehrministers von Schleicher u. a. aus eigenem Antrieb haben den Anfang gemacht. Der Herr Reichskanzler hat aber Inhalt und Ziel der Verhandlungen gekannt.

5. Der Herr Reichskanzler hat sich zu Herren seiner Umgebung wiederholt darüber geäußert, daß er mit Rücksicht auf die der NSDAP eröffneten Aussichten Maßnahmen hinsichtlich der preußischen Regierung und Personalien treffen müsse. Hierüber wird — falls notwendig — insbesondere die Vernehmung des Herrn Staatssekretär Planck beantragt, Herr von Gleichen soll erforderlichenfalls aussagen, was er selbst über die Motive des Herrn Reichskanzlers weiß und die Gewährsmänner, die über diese Motive Auskunft geben können.“

der Reichsbankpräsident offen gegen die Kontingenzpolitik Front gemacht hat.

Die Öffentlichkeit erfuhr das durch einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“, der die Überschrift trug: „Was ist Wahrheit? Ein gemeingefährliches Gerücht.“ Dieses uns höchst erfreulich scheinende Gerücht besagte, daß das Direktorium der Reichsbank an die Reichsregierung einen Brief gerichtet habe, in dem es sich gegen die Kontingenzpolitik wendet, — wie die „Deutsche Tageszeitung“ behauptete, mit der Begründung: Die Reichsbank sei sonst nicht in der Lage, die Gewähr für die Erhaltung der deutschen Währung weiterhin zu tragen.

Das Reichskabinetts beschloß am Freitag in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten unter anderem mit diesem Schreiben und läßt dazu bekanntgeben, die Reichsregierung stelle in Übereinstimmung mit der Reichsbank fest, daß über einen internen Briefwechsel keine Auskunft gegeben werden könne. Das eine aber könne festgestellt werden, daß eine Gefährdung der Währung nicht behauptet worden sei und auch nicht vorliege.

Mag sein, daß in jenem Schreiben eine Gefährdung der Währung nicht behauptet worden ist. Daß sie nicht vorliegt, ist aber sicher zu viel behauptet! Denn wie sollen die Devisenverpflichtungen Deutschlands befriedigt werden, wenn der Export stark gehemmt wird?

Allerdings behauptet der deutsche Landwirtschaftsrat, den Spieß umkehrend: „In eingeweihten Kreisen ist es bekannt, daß der Reichsbankpräsident Dr. Luther noch vor gar nicht langer Zeit zur Erleichterung der deutschen Devisenlage eine Einfuhrregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse gefordert hat, die einem Einfuhrverbot gleichkam. Er begründete damals diese Stellungnahme mit der Notwendigkeit, die vorhandenen knappen Devisenbestände für die Bezahlung der notwendigen Rohstoffeinfuhr zu verwenden, sie jedenfalls unter keinen Umständen zur Einfuhr für die Versorgung nicht notwendiger Lebensmittel, die auch von der einheimischen Landwirtschaft geliefert werden können, zur Verfügung zu stellen.“

Wer hat was, und wann gesagt?

Schon, daß man diese Frage stellen muß, zeigt, wie es um die Autorität der viel gerühmten „neuen Staatsführung“ bestellt ist.

Eine Weltpresse-Ausstellung in 205 Sprachen aus 282 Ländern wird in Tiflis am 15. Jahrestag der Oktoberrevolution eröffnet werden. Von den 205 Sprachen entfallen allein auf die Sowjet-Union 75.

Hier drängt sich die Wichtigkeit des Esperanto geradezu auf. Vor allem die Sowjet-Union könnte hier mit einem großzügigen Beispiel vorangehen.

Schwierigkeiten, mit denen die politische, insbesondere die sozialistische Arbeit im Dorf zu rechnen hat.

Das Problem der sozialistischen Einheitsfront, das in der Stadt im Vordergrund der Kämpfe steht, spielt hier keine Rolle; es existiert hier nicht; es hat nie existiert. Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli ist die Zahl der kommunistischen Stimmen etwas gestiegen, aber es gibt kein eingeschriebenes KP-Mitglied im Dorf, weitaus die Mehrzahl wählt sozialdemokratisch. Das Dorf K. überm Wald wählt kommunistisch, in A. ist wieder fast alles SP. Das sozialistische Gesicht der Dörfer hängt ab von der Parteilinie der jeweils führenden Arbeiter im Dorf, denen die Mehrheit folgt; es gibt darüber vor der Wahl keine erregten Kämpfe und auch die Arbeiter der verschiedenen Dörfer befassen sich nicht. Bei Gemeindevahlen wird obendrein fast überall eine Arbeiterliste aufgestellt mit Kandidaten aus den verschiedenen sozialistischen Lagern.

Daß es so ist, daß der Kampf der Arbeiter gegen einander hier nicht angetroffen wird — eine zunächst erfreuliche Erscheinung — liegt nur zum Teil daran, daß die Agitation aus den Zentralen diese abgelegenen Orte übergeht. Denn selbst wenn vor den Wahlen Redner von auswärts kommen, so wollen die Arbeiter hier nicht viel von den Gegensätzen zwischen den sozialistischen Parteien hören. Sie wollen die Klassenlinie sehen, und fragen, was die verschiedenen Parteiführer im Interesse der Klasse unternehmen werden.

Doch diese vernünftige Konzentration auf eine Politik, die den Klassengegner ins Auge faßt, hat andererseits für eine weiterschauende sozialistische Arbeit auch ihre Enge — oder jedenfalls eine Grenze, deren Nähe man nicht übersehen darf.

Denn wer ist der Gegner der Dorfgenossen? Wen sehen sie als ihren Gegner an?

Wir sind am Abend, an dem wir mieteten, mit einer Ausnahme, nur bei den Genossen, den Arbeitern, gewesen. An den Bauernhöfen sind wir vorbeigegangen. Das war selbstverständlich. Wir stehen mit einer Reihe von Bauern nicht schlecht. Das abgesonderte Leben auf dem Lande weist die Menschen auf einander an. Das gilt natürlich erst recht für das Verhältnis zwischen den Genossen im Dorf und den Bauern, die eng nebeneinander wohnen. Aber dieser äußere Verkehr, die gelegentlichen Hilfeleistungen, die gemeinsame

Arbeit in der Gemeindevertretung mit dem Kampf gegenüber der Kreisverwaltung, hebt keinen Augenblick die Scheidewand auf zwischen den Bauern, die von ihrem Grund und Boden leben und dem Arbeiter, der einen oder zwei Morgen gepachtet hat. Der Bauer hat keinen Unternehmer über sich, er kennt keine Arbeitslosigkeit, kein Stempeln. Der Arbeiter ist landhungrig; aber er kriegt kein Land, oder nur minderwertiges. Das wissen die Arbeiter im Dorf ohne alle Theorie, ohne alle Agitation. Das hat sie zu Sozialisten gemacht in dem Augenblick, als ihre Forderung in den sozialistischen Parteien ihren politischen Ausdruck fand, — und gleichzeitig wurden die Bauern, die sich durch solche Forderungen in ihrem Besitz bedroht sahen oder sich wenigstens nichts davon versprochen, zu Nicht-Sozialisten. Dieser Gegensatz prägt dem Leben im Dorf den Stempel auf.

Und nun kommen wir Sozialisten von draußen und rufen das an sich richtige Wort: „Arbeiter und Bauern, vereinigt Euch!“ — richtig, weil der Großgrundbesitzer der eigentliche Monopolist ist und der Schwerindustrielle die Eisenpreise hochtreibt — und was alles sonst noch zur Theorie gehört. Aber das sehen die Menschen im Dorf nicht; dazu müssen sie erst auf einen Turm steigen und Statistiken mitnehmen, und das gehört nicht zu ihren täglichen Verrichtungen. Was sie sehen, was jeder jetzt in der Krise doppelt scharf sieht, ist daß die einen aus Arbeit und Brot gesetzt werden, daß sie ihren Mund halten müssen, wenn sie vorwärts kommen wollen, und daß die andern satt sind und ihre Frucht und ihr Vieh verkaufen, wenn auch die Preise fürs Vieh nichts taugen.

Was ist es also mit der Losung der Einheitsfront zwischen Bauern und Arbeitern? In Rußland ist die Front geschmiedet, 1917, als die Soldaten im Schützengraben den Krieg satt hatten und Lenin den landlosen und landarmen Bauern Land versprach. Wer das weiß und die heutige Lage in weiten Teilen Deutschlands übersieht — mag sein, daß es in gewissen Gebieten anders liegt — wird drauf und drauf sein, diese Parole auf die Zeiten zu verschleppen, in denen die sozialistische Forderung nach Brechung des Bodenmonopols beiden, Landarbeitern und Bauern, greifbar vor Augen steht.

Was also jetzt tun? Soll man den abstrakten Weg der Aufklärung über den gemeinsamen größeren Feind gehen?

Ich sehe praktisch keinen anderen Weg als diesen und sehe ihn außerdem so, daß

Broschüren und Versammlungen, die die Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen Gegner zum Gegenstand haben, mit der Trennung von Arbeitern und Bauern rechnen müssen — weit mehr als bisher.

Nicht in dem Sinn, daß wir diese Trennung hinnehmen und ihre Ueberwindung für unmöglich halten, sondern so, daß wir die getrennten Lager als heute bestehend berücksichtigen und danach unsere Taktik bemessen. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß, wer heute im Dorf über eine gerechtere Agrarpolitik spricht, der grundsätzlich beide Gruppen zustimmen könnten, entweder die Arbeiter im Saal hat oder die Bauern. Verirrt sich der eine in die Versammlung des anderen, so hört der Arbeiter oder der Bauer zu, aber er spricht nicht in der Debatte. Es gibt einige Bauern im Dorf, die gelegentlich den „Funken“ kaufen; sie lesen ihn auch, z. B. die Agrarseite am Sonntag, aber sie sprechen nicht darüber, auch dann nicht, wenn man sie danach fragt. Nur auf dem Feld, draußen, führen sie gelegentlich ein unverbindliches Gespräch.

So steht es. Der Weg der sozialistischen Landagitation ist nicht nur erschwert durch die kollektivistische Lehre, die die Bauern dem Sozialismus entfremdet hat, die Arbeitergenossen im Dorf ziehen ebenso den Trennungsstrich zwischen sich und der besitzenden Klasse. Sie greifen den Gegner nicht an, aus einer Mischung von Wunsch nach Frieden und Angst vor Nackenschlägen — aber sie denken auch nicht an eine Einheitsfront mit den Bauern und arbeiten, wie es heute steht, daran nicht mit.

Die Mobilisierung der Streitkräfte gegen den Kapitalismus wird also auf dem Lande noch lange auf getrennten Wegen erfolgen müssen, gewiß immer mit dem Vorsatz, jeder Seite das gemeinsame Ziel zu zeigen, damit, wenn die Vorarbeit geleistet sein wird, der Endkampf nicht an diesem Gegensatz scheitert. Aber heute ist es nützlicher, Sonderbroschüren für Bauern zu schreiben und Versammlungen für Bauern abzuhalten und eine entsprechende Arbeit für Arbeiter zu leisten und das den Arbeitergenossen im Dorf auch ruhig auseinander zu setzen — als eine Einheitsfront lediglich zu proklamieren, hinter die dann niemand tritt. Mit dieser vereinfachten Methode kommen wir nicht voran. Wir müssen den Umweg machen über die Taktik:

getrennt zu marschieren, um eines Tages vereint zu schlagen.

Schmiergelder des Kali-Syndikates an die Grüne Front.

Ein interessantes Gerichtsurteil über die fünf Kali-Millionen.

Der Provinziallandtagsabgeordnete Heinrich Kuhr in Bienenfeld bei Lingen (Hannover) hat in einer öffentlichen Versammlung am 23. November 1931 in Klein-Borsen erklärt: Das Deutsche Kalisyndikat hätte fünf Millionen Mark Schmiergelder an die „Grüne Front“ verabreicht. Hiervon habe man unter anderem vier Villen (gemeint sind vier Schlösser in verschiedenen Gegenden Deutschlands, in denen die Bauernvereinsorganisation des Ministers a. D. Dr. Hermes Volkshochschulen eingerichtet hat) gekauft, und es bleibe die Frage offen, wozu man die übrigen Gelder verwandt habe.

Die Führer der „Grünen Front“: Hermes (ehemaliger Reichsminister, Präsident der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine), Brandes (Rittergutsbesitzer, Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates), Graf Kalkreuth (Präsident des Reichslandbundes) und Fehr (Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes), haben daraufhin eine Privatklage gegen Kuhr wegen öffentlicher vorläufiger Beleidigung angestrengt. Ueber die Klage wurde am 5. September vor dem Amtsgericht in Lingen verhandelt. Die „Deutsche Bauernzeitung“ Nr. 41, vom 9. Oktober, berichtet darüber:

„In der Verhandlung erklärte Herr Kuhr, daß er ohne irgendwelche persönliche Spitze nur der ‚Grünen Front‘ als der Vertretung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Richtung den Vorwurf habe machen wollen, daß ihr Verhalten durch die Annahme des 5-Millionen-Geschenkes nicht den wahren Interessen der Landwirtschaft entspreche. Statt der Annahme eines solchen Geschenkes hätte man auf die Senkung des Kalipreises hinwirken müssen, die allen landwirtschaftlichen Kreisen zu gute käme und, wie die Hergabe eines solch hohen Geschenkes beweise, auch durchaus möglich gewesen sei. Wenn aber statt Preissenkung solche Geschenke gemacht würden, so sehe ein nachdenkender Landwirt solches Geschenk als Schmiergeld an. Daß aber die vier Privatkläger persönlich Schmiergelder angenommen hätten, das habe er weder behauptet, noch auch nur angedeutet. Die teilweise Verwendung der 5 Millionen Mark zum Ankauf von vier Schlössern zwecks Errichtung von Volkshochschulen habe er um deswillen kritisiert, weil bei diesen von der ‚Grünen Front‘ eingerichteten Schulen die Gefahr bestehe, daß sie wirtschaftspolitisch einseitig aufgezogen würden. Ebenso stehe auch noch nicht fest, wofür die anderen Gelder verwandt wären oder würden, ob nicht auch bei ihnen die Gefahr einseitiger Verwendung bestehe, zumal auch im Deutschen Landwirtschaftsrat ein geforderter genauer Verwendungsnachweis abgelehnt sei. Der Angeklagte gab auch zu, in seiner Rede referierend seine Unterhaltung mit einem Dritten erwähnt zu haben, wozu ihm die Mitgliedschaft im Kuratorium der Bauernschule Sülthausen angeboten worden sei, die er aber aus vorgenannten Gründen abgelehnt habe.“

Diese Ausführungen des Angeklagten wurden, wie in der Urteilsbegründung ausgeführt wird, im wesentlichen durch die Aussagen sämtlicher Zeugen, sowohl derjenigen der

Kläger wie auch derjenigen des Angeklagten bestätigt. Der Angeklagte sei also schon um deswillen freizusprechen gewesen, weil es an der Aktivlegitimation der Privatkläger fehle. Dann aber fährt die Urteilsbegründung wörtlich fort: „Der Freispruch ist aber auch sachlich begründet. Es bleibt, mag man sie auch noch so rosig beleuchten, die Tatsache des 5-Millionen-Geschenkes.“

Eine solche Summe ist auch für solche großen Organisationen, wie das Kalisyndikat und die Grüne Front, außerordentlich groß. Zugegeben, daß sie für sehr ideale Zwecke für die Landwirtschaft Verwendung finden sollte, hinter diesen idealen Zwecken stand doch, wie Privatkläger zugeben, ein für das Kalisyndikat sehr realer Gedanke. Die Landwirtschaft sollte gefördert, ihr Produktionsabsatz sollte vermehrt, ihre Kaufkraft gehoben werden, eine Kaufkraft, die auch wieder der Kali-Industrie in Gestalt von erhöhter Kali-Abnahme zu gute kommen sollte.

Das Kalisyndikat dachte also sehr wohl auch an seinen Vorteil.

Daneben hat es sich durch das Riesengeschenk von 5 Millionen die Grüne Front verpflichtet.

Diese mußte durch eine solche hochherzige Gabe sich dem Kalisyndikat zu Dank verbunden fühlen, und letzteres konnte erwarten, daß ihm mit Rücksicht auf die große Gabe auch gelegentlich von der Nehmerseite Entgegenkommen erwiesen würde.

Die Grüne Front wurde innerlich unfrei und in ihren Maßnahmen und Entschlüssen behindert gegenüber dem Geber.

Das war besonders bedenklich, wenn es sich um die Preisfrage über das für die Angehörigen der Grünen Front lebensnotwendige Produkt des Gebers, um den Kalipreis handeln würde. Wenn die Angehörigen der Nehmerin Herabsetzung des Kalipreises forderten, dann konnten sie diese Forderung dem Kalisyndikat gegenüber nicht mit jener Energie und jenem Nachdruck geltend machen und durchsetzen, die sie gehabt, wenn sie völlig frei von jeglicher Verbindlichkeit und Verbundenheit daständen hätten. So aber waren sie gehandicapt, waren sie eingewickelt.

Das hätte die Nehmerin von vornherein erkennen und daher das Geschenk ablehnen müssen.

Es war daher eine durchaus berechtigte Kritik, welche der Angeklagte übte, er vertrat damit die wahren Interessen der Landwirtschaft, und zwar der gesamten Landwirtschaft, nicht nur der hinter ihm stehenden Kreise.

Bei dieser berechtigten Kritik hat er sich auch nicht in der Form vergriffen. Das deutsche Volk, das sich in seiner Gesamtheit doch noch den gesunden Sinn für unbedingte Sauberkeit bewahrt hat, hat für einen solchen Vorgang nur den vom Angeklagten gebrauchten, treffenden Ausdruck: „War demnach der Angeklagte freizusprechen, so haben gemäß § 471 Str. P.O. die Privatkläger die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Beschuldigten erwachsenen Auslagen zu tragen.“

Gez.: Overhues, Amtsgerichtsrat.“

Der Rundfunk-Maulkorb.

Was man unter der Junker-Regierung nicht sagen darf.

Der „Südwestdeutsche Rundfunk“ hatte auf Dienstag, den 11. Oktober, abends 18.25 Uhr einen Vortrag von Frau Grete de Francesco angesetzt. Der Vortrag wurde in der offiziellen Rundfunk-Zeitung mit einem kleinen Artikel der Autorin und mit Bildern zum Thema angezeigt. Am 5. Oktober wurde, nachdem das Manuskript durch die Leitung des Südwestdeutschen Rundfunks geprüft war, die Vereinbarung bestätigt. Am nächsten Tage wurde der Rednerin schriftlich mitgeteilt, der Vortrag könne seines Themas wegen nicht stattfinden, das Honorar werde ihr überwiesen. Eine sachliche Begründung, weshalb der Vortrag nicht stattfinden könne, wurde nicht gegeben.

Es handelt sich um einen Vortrag: „Aus der Geschichte der Wahlpropaganda“, den die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 765/66, vom 13. Oktober) wörtlich abdruckt, „damit die Öffentlichkeit erfährt, nach welchen unerforschlichen Gesichtspunkten der Rundfunk-Kommissar des Südwestdeutschen Rundfunks . . . sein Amt ausübt.“

Um uns an der Erforschung der „unerforschlichen Ge-

sichtspunkte“ zu beteiligen, haben wir den Text genau durchgesehen. Wir drucken die folgende Stelle, die unseres Erachtens als einzige „anstößig“ ist, hier ab:

„Die österreichische Sozialdemokratie brachte vor einigen Jahren ein photographisches Plakat, das sich an die Burgenländer wandte und dessen große Wirksamkeit im Burgenland durch verschiedene Untersuchungen und Beobachtungen festgestellt werden konnte. Es zeigt das typische burgenländische Städtchen: Kirche, Palais an einem Ufer des Flusses, am anderen Landarbeiter. Ueber der Stadtsilhouette steht: *Der Boden Burgenlands gehört den ungarischen Aristokraten. Diagonal über den Fluß, die Ufer verbindend: Wir verlangen Bodenreform. Unter den Füßen der Landarbeiter: Wollt Ihr, daß das Burgenland den Burgenländern gehört, dann müßt Ihr wählen: sozialdemokratisch.* Hier wird die Wirklichkeit durch richtige Auswertung zum Symbol.“

Schien dem Rundfunk-Kommissar die Anwendung auf Deutschland und die deutschen Junker zu naheliegend?

Weizen statt Roggen.

Mehr Brotgetreide, weniger Futtergetreide.

In der Bebauung der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland sind in den Nachkriegsjahren erhebliche Verschiebungen eingetreten.

Infolge der Veränderung der Wünsche der Konsumenten ist innerhalb der Anbaufläche für Brotgetreide eine starke Verschiebung zu Gunsten des Weizens eingetreten, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

| | 1913 | 1931 | 1932 |
|----------------------|-------------|-----------|-----------|
| | (in Hektar) | | |
| Winterroggen . . . | 5 224 000 | 4 294 000 | 4 383 000 |
| Sommerroggen . . . | 106 000 | 73 000 | 67 000 |
| Spelz und Emer . . . | 241 000 | 114 000 | 114 000 |
| Winterweizen . . . | 1 491 000 | 1 883 000 | 1 978 000 |
| Sommerweizen . . . | 215 000 | 284 000 | 305 000 |

Die Anbaufläche für Winterweizen ist 1932 um 33 Prozent, die für Sommerweizen um 42 Prozent größer als 1913. Dagegen ist die Anbaufläche für Winterroggen 1932 um 16 Prozent, die für Sommerroggen um 37 Prozent und die für Spelz und Emer um 53 Prozent kleiner als 1913. Die mit Weizen bestellte Fläche hat um 675 000 Hektar zugenommen, die mit Roggen bestellte um etwas mehr als 880 000 Hektar abgenommen.

Infolge der einseitigen Agrarpolitik zu Gunsten der Getreidewirtschaft der Großagrarien gegen die Veredlungswirtschaft der Bauern ist die Brotgetreideanbaufläche 1932 um 308 000 Hektar (5 Prozent) größer als im Durchschnitt der Jahre 1927/30. Sogar die Roggenfläche hat wieder zugenommen. Die Anbaufläche für Futtergetreide ist 1932 um 168 000 Hektar (3 Prozent) kleiner als im Durchschnitt der Jahre 1927/30. Durch diese Verschiebung wird die Hochhaltung der Getreidepreise erschwert.

Die Vertreter der Großagrarien werden sich also immer neue Methoden zur Belastung der Massen zu Gunsten der Großagrarien ausdenken!

HOLLAND

Handelspolitik durch Frachtermäßigungen: Um den deutschen Getreideverkehr möglichst weitgehend über die holländischen Häfen Amsterdam und Rotterdam zu leiten, ermäßigt die niederländische Eisenbahn die Frachten von diesen Hafenstädten zur deutschen Grenze um 12 Prozent.

Antwort auf deutsche Kontingente: Die holländischen Kohlenbergwerke setzen sich für zwei Pläne ein: Kontingentierung der deutschen Kohleneinfuhr. (Die holländischen Gruben machen dabei den Kohlenhändlern die übliche Versprechung, Preissteigerungen würden nicht eintreten.) Ersetzung von rund 40 000 deutschen Bergleuten, die heute in Holland tätig sind, durch Polen und Belgier.

Wer wird saniert?

Zur Sanierung der Agrargenossenschaften.

Sanierung der Genossenschaften! Die meisten denken, so etwas käme vor allem den Bauern zu gute. Die Ueberschrift eignet sich also vorzüglich zur Tarnung des wirklichen Zweckes, der in Deutschland natürlich ein anderer ist. Wir äußerten bereits am 2. Oktober die begründete Vermutung, daß es sich bei dem vorliegenden Sanierungsplan vor allem um eine

Subvention an die Großgrundeigentümer

handelt. Unsere Vermutung wird durchaus bestätigt durch das, was jetzt an Einzelheiten über den Plan bekannt wird.

Die Agrargenossenschaften haben insgesamt an sämtliche Kreditnehmer 730 Millionen Mark ausgeliehen. In dieser Summe sind rund 200 Millionen Mark Forderungen an solche Betriebe enthalten, die im Osthilfe-Sicherungsverfahren stehen, die also tatsächlich bankrott, aber dem Zugriff der Gläubiger entzogen sind. Man rechnet für das Osthilfegebiet mit einem „Abschreibungsbedarf“ von insgesamt 167 Millionen Mark Genossenschaftsforderungen. Davon entfallen auf Pommern 59, auf Ostpreußen 34, auf Brandenburg 30 Millionen Mark.

Der Plan ist nun folgender: Das Reich kauft diese faulen und überfaulen Forderungen den Genossenschaften zu 70 Prozent ihres Nennwertes ab. Damit nicht genug! Die Genossenschaften haben bei diesem Verfahren, wie die Interessenten es auszudrücken belieben, 30 Prozent Verlust. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß sie nicht 100, sondern nur 70 Prozent ihres tatsächlichen Verlustes vom Reich geschenkt erhalten! Dieses Geschenk reicht aber nicht aus! Die Genossenschaften, die nach Abbuchung von 30 Prozent der längst faulen Forderungen „nicht bilanzieren können“ — wieder so ein schönfärbendes Wort!, zu deutsch: die mit Verlust bilanzieren und dann satzungsgemäß ihre Mitglieder mit den ihnen zugesagten Haftsummen in Anspruch nehmen müßten —, erhalten eine weitere Reichshilfe. Diese wird übrigens nicht nur im Osthilfegebiet, sondern im ganzen Reich geleistet.

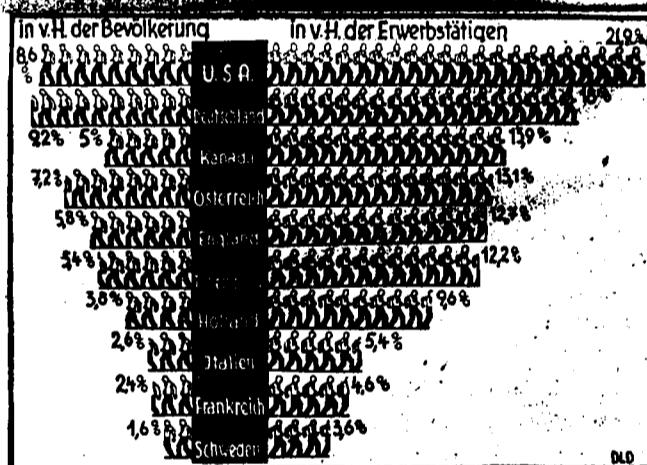
Wir wollen durchaus nicht alle Genossenschaften in einen Topf werfen. Das hindert uns nicht an der Feststellung: Die fraglichen Genossenschaften entpuppen sich hier als eine Einrichtung, die sich ausgezweigt eignet zu getarnter Subventionierung der Großagrarien. Vergessen wir nicht: 1928 erhielten dieselben Genossenschaften gelegentlich des Zusammenschlusses der bis dahin bestehenden zwei großen Genossenschaftsverbände zur Sanierung bereits 100 Millionen Mark. — 1932 sollen sie etwa 260 Millionen Mark erhalten.

Wenn die Masse der Steuerzahler sich das nicht sehr kräftig verbittet, so heißt es auch hier immer wieder: Fortsetzung folgt!

Rpt.

Armee des Elends.

Die Arbeitslosen



Nach amtlichen Angaben. In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit überall größer.

DEUTSCHLAND

Reichsernährungsminister entdeckt die Bedeutung des Gartenbaus — auf der Tagung der Fachabteilung für Gartenbau der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer: 315 000 Menschen finden in ihm Arbeit, immerhin das Dreifache der Arbeiterzahl im Erzbau; die jährlichen normalen Verkaufserlöse im Gartenbau beliefen sich auf rund 1 Milliarde Mark. — Zu erzählen, daß der Verkaufserlös der Landwirtschaft aus Roggen im letztvergangenen Erntejahr 561 Millionen, der aus Weizen 625 Millionen betrug, das riskierte der Junker-Minister allerdings nicht. Denn was sollte er antworten, wenn die Gärtner Subvention im Verhältnis zum Verkaufserlös verlangen würden?

Kartoffelmehl ins Brot! Durch eine Notverordnung vom 11. Oktober „Zur Erleichterung der Verwertung der Kartoffelernte“ wird bestimmt, daß vom 16. Oktober ab allem Weizen- und Roggengebäck Kartoffelmehl in Höhe von 2,5 Prozent beigemischt wird.

Deutscher Weizen in London zum Weltmarktpreis! Deutsche Großagrarien erhalten den Inlandspreis. Wie wird das gemacht? Im September kostete deutscher Weizen in London durchschnittlich 84,40 Mark pro Tonne. Der deutsche Exporteur erhielt einen Ausfuhrschein, der zur zollfreien Einfuhr der gleichen Menge bis zum 31. Juli 1933 berechtigt; für diesen Ausfuhrschein erhielt er von den Interessenten an der Börse im September durchschnittlich 142,53 Mark, also weit mehr als für den Weizen selber!

ITALIEN

Getreidepreis hoch . . . und der Brotpreis? In einem Dienstbefehl, den der Pressechef der italienischen Regierung an die Zeitungen versandt hat, heißt es: „ . . . Die Zeitungen können weiter über die regionalen Versammlungen für die Stützung des nationalen Getreidemarktes berichten, aber nicht mehr als eine halbe, höchstens eine Spalte. Dabei darf nie der Brotpreis erwähnt werden.“ — Das Kunststück, die Getreidepreise hochzuhalten, ohne daß gleichzeitig der Brotpreis hochsteht, bringt auch Mussolini nicht fertig. So verbietet er einfach, beide Erscheinungen öffentlich in Zusammenhang zu bringen.